

## **Schriftliche Anfrage betreffend die Mietkosten im Kulturbereich und die Kostenmiete für subventionierte Institutionen und Betriebe der Kultur**

25.5533.01

Diese Anfrage beschäftigt sich mit den stark gestiegenen Mietkosten im Kulturbereich und hinterfragt, wie diese Kosten künftig gesteuert, transparenter gemacht oder reduziert werden können. Sie will insbesondere in Erfahrung bringen, ob die aktuellen Mietmodelle – sowohl bei kantonalen wie bei privaten Liegenschaften – kulturpolitisch gerechtfertigt sind und ob alternative Modelle wie die konsequente Kostenmiete sinnvoll wären.

Das kantonale Kulturbudget trägt heute erhebliche Mietkosten, die in den vergangenen zehn Jahren markant angestiegen sind. Gemäss der Beantwortung der Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die vom Kulturbudget getragenen Mieten der Kulturinstitutionen (24.5193) fliesst ein beträchtlicher Teil dieser Mittel als Mietzahlungen an Immobilien Basel-Stadt (IBS) – also nicht in die Kultur, sondern zurück in die Staatskasse.

Betroffen sind sowohl Kulturinstitutionen mit Staatsbeiträgen als auch die kantonalen Dienststellen wie Museen, das Staatsarchiv und die Archäologische Bodenforschung. Je nach Institution entsprechen die Mietkosten rund 18 bis 32 Prozent der erhaltenen Staatsbeiträge oder durchschnittlich rund 23 Prozent der Betriebsausgaben der Dienststellen.

Zwar sind diese internen Mietsteigerungen für die betroffenen Institutionen und Dienststellen formal kostenneutral, da sie – so die Politik es ermöglicht – über das Kulturbudget ausgeglichen werden. Faktisch bleibt jedoch festzuhalten, dass Mietkosten für Kulturinstitutionen eine grosse und weiterwachsende Budgetposition darstellen, die entweder durch Eigenmittel, private oder – wahrscheinlicher – staatliche Drittmittel gedeckt werden muss.

Diese Kostenentwicklung als gegeben und unveränderbar hinzunehmen, erscheint wenig sinnvoll. Gerade bei subventionierten Kulturbetrieben in privaten Liegenschaften stellt sich zudem die Frage, ob allfällige indirekte Mietsubventionen kulturpolitisch gerechtfertigt sind. Neben der argumentativ oft eingebrachten Eigenfinanzierungsquote der Kulturbetriebe, wäre die Mietzinsquote ein aussagekräftiger Faktor in der Beurteilung, ob subventionierte Kultur – ökonomisch betrachtet – am richtigen Ort stattfindet. Diese Betrachtung würde gegebenenfalls Anreize schaffen, die einzelnen Kulturveranstaltungstage von Mietkosten zu entlasten und so dafür zu sorgen, dass die Mittel für die Kultur auch tatsächlich bei der Kultur ankommen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

### **Entwicklung & Steuerbarkeit der Mietkosten**

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die längerfristige Entwicklung der Mietkosten im Kulturbereich, und welche Massnahmen sieht er, um die budgetäre Belastung zu stabilisieren oder zu reduzieren?
2. Welche strategischen Möglichkeiten bestehen, um Mietkosten für Kulturinstitutionen besser zu steuern – etwa durch Anpassungen im internen Mietmodell oder durch alternative Standortstrategien?

### **Interne Mietmodelle & Transparenz**

3. Welche Kriterien legt Immobilien Basel-Stadt bei der Festsetzung der internen Mieten und Nebenkosten im Kulturbereich zugrunde?
4. Wie stellt die Regierung sicher, dass die internen Mieten für Kulturinstitutionen marktgerecht, transparent und verhältnismässig bleiben?
5. Was spricht dagegen, bei Liegenschaften die von Kulturbetrieben genutzt werden, konsequent die Kostenmiete anzuwenden?

### **Kulturpolitische Auswirkungen?**

6. Welche Auswirkungen haben die gestiegenen Mietkosten auf das Verhältnis zwischen Fördermitteln für Programme/Personal und den infrastrukturellen Kosten der Institutionen?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr, dass steigende Mieten Inhalte verdrängen und die kulturelle Vielfalt beeinträchtigen?

### **Subventionierte Institutionen in privaten Liegenschaften**

8. Bei subventionierten Kulturinstitutionen in privaten Immobilien: Wie beurteilt der Regierungsrat die kulturpolitische Notwendigkeit und Angemessenheit indirekter Mietsubventionen?
9. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation diesbezüglich ein? Sind die Mieten von Kulturinstitutionen mit Staatsbeiträgen gerechtfertigt? Besteht parallel zur Eigenfinanzierungsquote eine Übersicht über die Quote des Mietzinses? Wäre es sinnvoll, diese einzuführen (bsp. Miete pro Veranstaltungstag)?
10. Wäre es denkbar und auch sinnvoll, die Kostenmiete als Bedingung für staatliche Subventionen festzulegen?

Johannes Sieber